

Ulrike Höfken

- (A) Erhöhung wird sich massiv auf den Lebensmittelmarkt auswirken. Nehmen wir einmal die Berechnungen aus der „Zeit“: über 4 000 Euro Mehrbelastung für eine Familie mit zwei Kindern. Das ist irre und vollkommen unsozial und es erhöht den Druck auf die Lebensmittelpreise; denn damit werden die Discounter mit ihrer Vermarktung nach dem Motto „Geiz ist geil“ gestärkt. Das ist Ihre Politik.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da nutzt das Verbot des Verkaufs unter Einstandspreis gar nichts.

Und die pisseligen paar Euro, die durch die Lohnnebenkostenentlastung hereinkommen, können Sie sich in die Haare schmieren.

(Widerspruch bei der CDU/CSU)

In Landwirtschaft und Handel kann dafür kein Mensch zusätzlich eingestellt werden. Da wären Potenziale vorhanden.

Der **Ökolandbau** und die regionale Qualitätsproduktion werden wieder in die Nische gedrängt und als Spielwiese diffamiert. Dabei haben sich gerade diese Bereiche als Jobmotor entwickelt. Da war Innovation; dort sind 100 000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen worden.

„Freiheit wagen“; kommen wir darauf einmal zurück. Darunter versteht Frau Merkel wohl die ungehemmte Aktionsfreiheit für die Konzerne im Gentechnikbereich.

- (B) (Wolfgang Zöller [CDU/CSU]: Sie haben ja Wahrnehmungsschwierigkeiten! – Marlene Mortler [CDU/CSU]: Realitätsverlust!)

Wir wollen gentechnikfreie Lebensmittel; dafür brauchen wir die Freiheit. Wir versprechen Ihnen, dass wir auf die Barrikaden gehen, wenn Sie diese Freiheit durch eine Verschlechterung des Gentechnikgesetzes aufs Spiel setzen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu den **Biokraftstoffen**. Auch da haben Sie ein Meisterstück vollbracht. Mit dem Koalitionsvertrag nehmen Sie den Bauern die unternehmerische Freiheit, sich dezentral einen Markt zu erarbeiten, wie sie es bisher konnten. Stattdessen geben Sie den Mineralölkonzernen die Macht über Preisgestaltung und Markt. Sie erhöhen die Spritpreise aus Biokraftstoffen und behindern damit eine umweltfreundliche Innovation. Das werden wir nicht hinnehmen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wir verlangen von Ihnen, Herr Minister Seehofer, dass Sie eine Änderung des Koalitionsvertrages durchsetzen und die Steuerfreiheit für die Biokraftstoffe beibehalten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der FDP und der Abg.
Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE])

Beim **wirtschaftlichen Verbraucherschutz** – sowohl im Telekommunikationsbereich als auch in Bezug auf

- (C) die Gas- und Strompreise – erwarten wir, dass die Verbraucher auf Augenhöhe mit den Unternehmen gebracht werden. Da hat meine Kollegin Höhn ganz Recht, wenn sie die unverschämte Preiserhöhung der Monopole und die Intransparenz des Marktes anprangert und eine Entschädigung für die Bürger verlangt, die durch die unzureichende Netzpflege der RWE zu Schaden gekommen sind. Milliarden Gewinne und Privatisierung der Schäden, das geht nicht. Bei diesem Freiheitskampf, Herr Minister Seehofer, wollen wir sehen, für wessen Freiheit die Koalition steht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie wollen über das gesamte Ressort 800 Millionen Euro einsparen. Die Kürzung der Pendlerpauschale haben Sie beschlossen; okay. Aber es darf nicht dazu kommen, dass die Gemeinschaftsaufgabe und die Verordnung „Ländlicher Raum“ kaputt gespart werden. Hier liegen nämlich die Potenziale für eine nachhaltige Entwicklung, für eine multifunktionale Landwirtschaft. Das ist ein Gebot der Zukunft, gerade angesichts der WTO-Verhandlungen. Marktverzerrungen zulasten der Entwicklungsländer darf es nicht geben. Geben Sie einer nachhaltigen Landwirtschaft –

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Frau Kollegin, Sie müssen zum Ende kommen.

(Julia Klöckner [CDU/CSU]: Sie ist am Ende!)

Ulrike Höfken (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

- (D) – und dem Verbraucherschutz eine Chance! Unterstützen Sie die nachhaltige Landwirtschaftspolitik, statt sie zu verspielen! Dann werden wir sicher Gemeinsamkeiten finden.

Danke.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Nächster Redner ist der Kollege Ulrich Kelber, SPD-Fraktion.

Ulrich Kelber (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch von meiner Seite zunächst einmal herzlichen Glückwunsch an den Bundesminister zu seiner Ernennung. Herzlichen Glückwunsch auch an die Kollegin Höfken zur offensichtlichen Belegung eines Seminars in Oppositionsrhetorik!

Die Geschichte mit der zweimaligen Umbenennung des Ministeriums erinnert mich ein bisschen an meine Heimatstadt: Als 1994 Rot-Grün die Kommunalwahlen gewonnen hatte, musste unbedingt der Verkehrsausschuss umbenannt werden. Als 1999 Schwarz-Gelb gewann, musste er wieder umbenannt werden. In beiden Fällen war es übrigens die erste Maßnahme, einmal vorgeschlagen von den Grünen, das andere Mal vorgeschlagen von der CDU. 2004 musste der Ausschuss wieder

Ulrich Kelber

- (A) umbenannt werden; es war wieder der erste Vorschlag der Grünen. In dieser Frage geben sich CDU und Grüne nicht so viel.

(Beifall bei der SPD)

Entscheidend ist: Deutschland braucht endlich und zügig ein **Verbraucherinformationsgesetz**. Dann kann man auch nachlesen, wer was vorgeschlagen hat. Deswegen ist es zu Recht einer der Kernpunkte der Koalitionsvereinbarung im Bereich Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz. Der Skandal um das so genannte Gammelfleisch, den wir jetzt hatten, zeigt, dass insbesondere die Möglichkeit zur Benennung schwarzer Schafe der entscheidende Punkt ist, und zwar nicht nur aus Sicht der Verbraucher, sondern auch aus Sicht der Behörden und vor allem der betroffenen Wirtschaft. Ich freue mich daher besonders über die klare Ankündigung einer Mehrheit für die Einführung eines Verbraucherinformationsgesetzes, nicht nur von Bundesminister Seehofer, sondern zum Beispiel auch von Landesminister Schnappauf.

Die Einbringung kann und muss schnell erfolgen, denn die Vorarbeiten sind längst erledigt. Es hat 2002 und 2005 die entsprechenden Initiativen gegeben. Der Deutsche Bundestag hat eine solche Gesetzgebung vorgenommen; sie ist nur nie in Kraft getreten.

Es war in der Tat der Bundesrat, der beide Initiativen aufgehalten hat. Ich war gerade kurz unsicher und habe deswegen den Koordinator der SPD-Seite im Vermittlungsausschuss gefragt: Wie war denn das nach der Landtagswahl in NRW? Er sagte mir noch einmal, Bayern, Baden-Württemberg und die FDP – auch eine interessante Troika; nicht nur in der SPD gibt es Troikas – hätten klar angekündigt: Wenn ihr das weiter verfolgt, werden wir das im Bundesrat scheitern lassen.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Das stimmt nicht! Ich war auch dabei! Schlicht falsch, was Sie da sagen!)

Das heißt, wir hatten zweimal die Möglichkeit und haben sie zweimal nicht genutzt. Aber auch hier eröffnet, um mit Frau Merkel zu sprechen, die große Koalition neue Möglichkeiten. Jetzt gibt es eine klare Mehrheit.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ich erwähne das nur deswegen, weil sich manche Bundesratsvertreter in der Zeit der Not – bei einem Skandal, der zeigt, dass man eigentlich dieses Gesetz gebraucht hätte – in der Geschichte etwas vertan haben und der Bundesminister von diesen Irrungen einiger Bundesratsvertreter aus dem Süden unserer Republik nicht völlig unbeeindruckt geblieben ist.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Herr Kelber, Sie sind jetzt in einer großen Koalition!)

Neben den Verbrauchern – ich habe das gerade kurz erwähnt – ist es natürlich die große Zahl der ehrlichen und verantwortlich handelnden Unternehmen, die darauf besteht, dass wir ein solches Gesetz schaffen. Wenn man mit diesen Unternehmen – auf sie wird bei dem Skandal in diesen Tagen wenig geachtet – spricht, dann erfährt

man, dass der Skandal auch Unternehmen betrifft, die in ihrem Bereich verantwortlich gehandelt haben, die in der Konkurrenz nicht auf billig, sondern auf **Qualität** gesetzt haben und die in dieser Angelegenheit eben nicht mit gefangen sein wollen. Vor allem diese drängen auf eine Möglichkeit, die schwarzen Schafe zu benennen, was die größtmögliche Sanktion ist, die es an dieser Stelle gibt.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Sehr richtig!)

Es muss aber eine sehr umfangreiche Benennung sein – nicht nur die, die wir heute haben –, und zwar aus einem einfachen Grund: Es nützt nichts, nur zu sagen, man dürfe im Augenblick das Produkt xy nicht kaufen oder die Dienstleistung xy – auch das gehört bei einem etwas übergreifenden Verbraucherinformationsgesetz dazu – nicht in Anspruch nehmen. Vielmehr muss ein Druck entstehen, damit auch innerhalb der Wirtschaftskette mehr auf Qualitätskontrolle, mehr auf Selbstkontrolle Wert gelegt wird. Das ist dann der Fall, wenn man mit solch einer Sanktion rechnen muss, falls man diese Ware weiterverarbeitet. Deswegen kann man, wenn ein Unternehmen von Preisen profitiert, die eigentlich nicht real sind, verlangen, dass eine Qualitätseingangskontrolle durchgeführt wird, wie das bei vielen Unternehmen längst üblich ist. Das muss bei jedem einzelnen Unternehmen in der Breite erreicht werden. Und die Branche selbst muss natürlich ebenfalls solche Selbstkontrollen einführen.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Wolfgang Zöller [CDU/CSU])

In den Medien wurde diese Koalition oft als Koalition der gleichen Augenhöhe bezeichnet. Ich glaube, mit dem Verbraucherinformationsgesetz können wir dafür sorgen, dass informierte Verbraucherinnen und Verbraucher auf gleiche Augenhöhe mit der Wirtschaft gelangen. Um es in einer Anlehnung an Frau Merkel und Herrn Platzeck zu sagen: Lassen Sie uns mehr Transparenz wagen!

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Das Wort hat der Kollege Peter Bleser, CDU/CSU-Fraktion.

Peter Bleser (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die vorgezogene Bundestagswahl hat für die Agrarwirtschaft und für die Verbraucher zweifellos entscheidende Vorteile gebracht. Es ist jetzt Schluss mit der grün durchtränkten Ideologie in der Agrarpolitik und mit sachfremden Entscheidungen, die viele Arbeitsplätze in dieser Branche gekostet haben. Es ist jetzt Schluss mit dem Konfrontationskurs von Frau Künast gegenüber dem Berufsstand, der darin gipfelte, den Bauernverband als „mafioses Gebilde“ zu bezeichnen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es ist jetzt Schluss mit dem sinnlosen Verpulvern von Haushaltsmitteln für Propaganda, die für die Ökobauern